Sozialausschuss

Protokoll Nr. SOA/02/2015

**über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses am 14.04.2015,
Ahrensburg, Peter-Rantzau-Haus, Manfred-Samusch-Str. 9**

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr
Ende der Sitzung : 22:15 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Frau Doris Brandt

Stadtverordnete

Herr Claas-Christian Dähnhardt

Frau Monja Löwer

Herr Jochen Proske

Herr Bela Randschau

Herr Michael Stukenberg

i. V. f. Frau Holers

i. V. f. Herrn Rowetter

Bürgerliche Mitglieder

Herr Uwe Gaumann

Frau Gabriela Schwintzer

Herr Wolfdietrich Siller

i. V. f. Herrn Levenhagen

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Gerhard Bartel

Herr Yannick Klix

Herr Roland Wilde

Behindertenbeirat

Kinder- und Jugendbeirat

Bürgervorsteher

Sonstige, Gäste

Frau Andrea Dechau

Herr Axel Fricke

Frau Reichle

Herr Christian Restin

Frau Dorothea Schmidt

Frau Annette Schröder

Frau Katrin Taylor Voss

AWO Soziale Dienstleistungen
gGmbH

Sprecherteam Netzwerk Migrati-
on und Integration in Ahrensburg

AWO Hort Am Schloß

Jugendamt Kreis Stormarn

Sprecherteam Netzwerk Migrati-
on und Integration in Ahrensburg

DRK Kreisverband

Sprecherteam Netzwerk Migrati-
on und Integration in Ahrensburg

und geschätzt ca. 60 Anwohner aus der Siedlung Ahrensburger Kamp

Verwaltung

Herr Michael Sarach
Herr Thomas Reich
Frau Cornelia Beckmann
Herr Frank Ropers
Herr Michael Cyrkel
Frau Anja Gust

FBL II
FDL II.6
FDL II.7
FDL II.4
Protokollführerin

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete

Herr Detlef Levenhagen

Bürgerliche Mitglieder

Frau Nina Holers
Herr Claus Rowetter

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Einwohnerfragestunde
3. Festsetzung der Tagesordnung
4. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 01/2015 vom 13.01.2015
5. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung
 - 5.1. Berichte gem. § 45 c GO
 - 5.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
 - 5.2.1. Erlassentwurf "Förderung von Kindertageseinrichtungen, Sprachbildung und Hortmittagessen 2015"
 - 5.2.2. Gespräch mit der Ev.-Luth. Kirchengemeinde bzw. dem Beauftragtengremium
 - 5.2.3. Verwendungsnachweis Peter-Rantzau-Haus
 - 5.2.4. Erste Prognose Kitabeiträge ab 01.08.2016
 - 5.2.5. Flyer der Interessenvertretung Ahrensburger Kamp e. V. zum Thema "Wohnunterkünfte für Asylbewerberinnen und Asylbewerber am Ahrensburger Kamp"
 - 5.2.6. "Jugend im Rathaus"
 - 5.2.7. Präventionsprojekt "Essstörungen" an der Selma Lagerlöf Gemeinschaftsschule
6. Tätigkeitsbericht des Netzwerks Migration und Integration **2015/046**
7. Neubau von 4 Wohnunterkünften für Asylbewerber/innen **2015/045**
8. Betreuung für die Schülerinnen und Schüler der Grundschule Am Schloß **2015/013**
9. Errichtung eines Familienzentrums im Stadtteil Ahrensburg Nord **2015/035**
10. Verschiedenes
 - 10.1. Vollversammlung des Stadtjugendringes

- 10.2. Aktionstag "Wir sind Bürger"
- 10.3. Personalausfall im Elementarbereich
- 10.4. Tarifsteigerung pädagogisches Personal 2016
- 10.5. Gemeindehaus St. Johannis
- 10.6. Kreisjugendring

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

2. Einwohnerfragestunde

Zum Tagesordnungspunkt über die Errichtung von 4 Wohnunterkünften für Asylbewerber haben sich geschätzt 60 Personen/Anwohner aus der Siedlung Ahrensburger Kamp eingefunden.

Im Rahmen der Einwohnerfragestunde wird zunächst dem ernannten Sprecher, **Herrn Lutz Kammann**, das Wort erteilt.

Dieser benennt die Bedenken und Ängste der Interessensgemeinschaft Ahrensburger Kamp bzw. einem Anteil der Anwohner über die geplante Errichtung von 6 Wohneinheiten für Asylbewerber am Standort Ahrensburger Kamp.

Einleitend führt er aus, dass die Anwohner sehr kurzfristig über diese Planung unterrichtet wurden und es wünschenswert gewesen wäre, wenn die Stadt die Anwohner eher in die Planung eingebunden hätte. Die Identifikation der Anwohner mit „ihrem“ Ahrensburger Kamp ist sehr hoch. So haben viele diese Siedlung bei deren Errichtung mitgestaltet. Durch den Kauf von Grundstücken wurden damals die Grün- und Spielflächen mitfinanziert. Dieses gilt auch für die Fläche, auf der nun anstatt einer Jugendbegegnungsstätte eine Asylbewerberunterkunft errichtet werden soll. Bisher hat die Siedlungsgemeinschaft diese Fläche deshalb für Veranstaltungen genutzt (Stadtteilstadt, Flohmarkt etc.), aber auch von den Kindern würde das Grundstück als Bolz- und Spielfläche regelmäßig genutzt.

Anders als in der Verwaltungsvorlage beschrieben, sei die öffentliche Verkehrsanbindung in die Ahrensburger Innenstadt eher unzureichend. Einkaufsmöglichkeiten finden sich in nächster Nähe auf Großhansdorfer Gebiet wie auch andere Angebote, die alltäglich benötigt würden. Vor diesem Hintergrund bittet er die Politik, diesen Standort heute nicht zu beschließen, sondern zunächst mit den Anwohnern in ein Gespräch zu gehen.

Weitere Anwohner melden sich zu Wort und haben folgende Fragen zu der Thematik:

- Ist die Bebauung dieses Grundstücks mit einem Mehrfamilienhaus nach geltendem B-Plan überhaupt zulässig?
- Haben die Bürger in einem Baugenehmigungsverfahren ein Mitspracherecht?

- Welche Grundstücke/Flächen hat die Stadt hierüber hinaus noch geprüft?
- Warum fiel die Entscheidung auf dieses Grundstück?
- Wurde auch der private Immobilienmarkt geprüft? Zum Beispiel durch Anmietung von Wohnraum?

Im Laufe der einzelnen Wortbeiträge wird die Stimmung zunehmend emotional. Hier kommen auch Voreingenommenheiten bzw. Ängste auf den Tisch. Einige befürchten eine Entwertung ihrer Grundstücke, andere können sich eine Integration oder Nachbarschaft mit Menschen aus anderen Kulturkreisen nicht vorstellen. Wieder andere möchten nicht, dass sich vor ihrer Haustür überhaupt etwas verändert.

Einzelne Anwohner distanzieren sich von diesen Aussagen und machen deutlich, dass die Meinung zu diesem Thema in der Siedlung Ahrensburger Kamp durchaus „durchwachsen“ ist. Gleichwohl wünschen sich alle Anwohner mehr Informationen und einen Dialog zu diesem Thema mit Politik und Verwaltung.

Der Bürgermeister geht auf gestellte Fragen ein:

Zunächst macht er deutlich, dass weder der Bund noch die Länder, Kreise und am wenigsten die Städte und Gemeinden gut auf das Problem der Flüchtlingsströme vorbereitet sind. Für die Vielzahl der Menschen, die Zuflucht suchen, gibt es nicht genug Unterbringungsmöglichkeiten. Diese Notlage ist so groß, dass er beispielhaft berichtet, dass eine fünfköpfige Familie in einer 1-Zimmer-Wohnung untergebracht werden musste, weil einfach kein anderer Wohnraum zur Verfügung stand.

Nach Mitteilung des Kreises Stormarn werden der Stadt Ahrensburg bis Jahresende noch weitere 190 Personen zugewiesen. Zudem besteht die Problematik, dass Menschen in Erstaufnahmeeinrichtungen verbleiben müssen, weil sie trotz Anerkennung keinen Wohnraum in Ahrensburg finden.

In dieser Bedrängnis war es nicht Ziel der Stadt, Anwohner denkbarer Standorte zu „überfahren“ und/oder nicht einzubinden! Vielmehr besteht die Notwendigkeit, schnellstmöglich Lösungen für die Unterbringung der Menschen, die noch kommen werden, zu finden.

Hier hat die Verwaltung richtig agiert und Politik und Anwohner zeitgleich unterrichtet.

Natürlich bemüht sich die Stadt auf dem privaten Immobilienmarkt, Wohnraum zu finden. Dieses geschieht durch öffentliche Aufrufe und durch die Beauftragung von Immobilienmaklern. Aber die Anmietung von Wohnraum für die Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern gestaltet sich als schwierig. Die Stadt hat kein Zugriffsrecht auf Immobilien Dritter, sondern kann nur an die freiwillige Überlassung/Vermietung appellieren.

Vor dem Hintergrund der Dringlichkeit hat die Stadt verschiedene Standorte geprüft. Vorrangig die eigenen Grundstücke, die als Baugrundstück in Frage kommen könnten. So kamen einige Standorte nicht in Betracht, weil die Stadt hier keine eigenen Flächen/Grundstücke hat (Stichwort Erlenhof).

Das Grundstück am Ahrensburger Kamp ist als Gemeinbedarfsfläche für soziale Zwecke ausgewiesen. Aus Sicht der Stadt Ahrensburg und der Bauaufsicht als Untere Landesbehörde bestehen gegen die vorgeschlagene Bebauung keine baurechtlichen Bedenken. Die Beteiligung/Anhörung von Nachbarn im Rahmen des Genehmigungsverfahrens besteht natürlich.

Die Ausschussvorsitzende beendet nach rd. 30 Minuten die Einwohnerfragestunde. Sie erklärt, dass ihre Fraktion im Rahmen des entsprechenden Tagesordnungspunktes einen Änderungsantrag stellen wird. So soll zunächst ein Gesprächs- und Ortstermin ermöglichen, die Anwohner im Detail über den geplanten Bau zu informieren. Auf Nachfrage erklärt sie, dass es hierbei um einen Informationsaustausch von Verwaltung, Politik und Anwohnern geht. Letztendlich wird der Sozialausschuss in seiner Sitzung im Mai eine Entscheidung treffen.

3. Festsetzung der Tagesordnung

Zu dem TOP 6 – Vorlage Nr. 2015/046 – und TOP 7 – Vorlage Nr. 2015/045 – werden das Sprecherteam des Netzwerkes, bestehend aus Frau D. Schmidt, Frau Taylora-Voss und Herrn A. Fricke, als Sachverständige zugelassen.

Für den TOP 8 – Vorlage Nr. 2015/013 – wird Frau Reichle vom AWO Hort Am Schloß als Sachverständige zugelassen.

Für den TOP 9 – Vorlage Nr. 2015/035 – werden Frau Dechau von der AWO Soziale Dienstleistungen gGmbH und Frau Schröder vom DRK Kreisband sowie Herr Restin vom Jugendamt des Kreises Stormarn als Sachverständige benannt.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

4. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 01/2015 vom 13.01.2015

Es bestehen keine Einwände gegen die Niederschrift.

5. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung

5.1. Berichte gem. § 45 c GO

Die Beschlusskontrolle wird als **Anlage** beigefügt.

5.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

5.2.1. Erlassentwurf "Förderung von Kindertageseinrichtungen, Sprachbildung und Hortmittagessen 2015"

Die Verwaltung gibt den Erlassentwurf als **Anlage** zur Kenntnis. Künftig sollen auch andere Betreuungsangebote, z. B. an Grundschulen förderungsfähig sein.

Der Jugendhilfeausschuss des Kreises hat die Fachplanungsgruppe II beauftragt, hierfür Standards zu entwickeln. Für Ahrensburg heiße das eine geringere Fördersumme, da die Förderung vom Land Schleswig-Holstein gedeckt ist.

5.2.2. Gespräch mit der Ev.-Luth. Kirchengemeinde bzw. dem Beauftragungsgremium

Am 11.02.2015 fand ein erneutes Gespräch mit den gesetzlichen Vertretern der Ev.-Luth. Kirchengemeinde statt. Hierbei erklärten die Vertreter der Kirche erneut, dass die 2 kirchlichen Kitas (Schulstraße und Kleine Nordlichter) an den KGV übergeleitet werden sollen.

Hinsichtlich der Eigenbeteiligung machte die Kirche ihren von der Stadt abweichenden Standpunkt deutlich. So sieht sie in der Bereitstellung der eigenen Immobilien für den Betrieb von Kindertageseinrichtungen durchaus eine angemessene Eigenbeteiligung.

Inzwischen hat die Kirche dieses in Zahlen benannt. Ebenso hat sie darüber informiert, dass in beiden Objekten Sanierungsmaßnahmen anstehen, für die die Instandhaltungsrücklage nicht ausreicht.

Die Verwaltung wird hierzu für die kommende Sitzung eine Beschlussvorlage ausarbeiten.

5.2.3. Verwendungsnachweis Peter-Rantzau-Haus

Der jährliche Verwendungsnachweis wird als **Anlage** zur Kenntnis gegeben.

5.2.4. Erste Prognose Kitabeiträge ab 01.08.2016

Nach erster Prüfung der vorgelegten Betriebskostenabrechnungen der Ahrensburger Kitas teilt die Verwaltung mit, dass hieraus bisher nur eine geringe Kostenabweichung hervor geht. Eine Anpassung der Elternbeiträge wird voraussichtlich nicht notwendig sein. Die entsprechende Verwaltungsvorlage wird im Mai vorgestellt.

5.2.5. Flyer der Interessenvertretung Ahrensburger Kamp e. V. zum Thema "Wohnunterkünfte für Asylbewerberinnen und Asylbewerber am Ahrensburger Kamp"

Liegt dem Protokoll als **Anlage** bei.

5.2.6. "Jugend im Rathaus"

Der Stadtjugendpfleger Herr Ropers erinnert an das alljährliche Projekt „Jugend im Rathaus“, das kommende Woche startet. Noch werden dringend Projektbegleiter aus hauptamtlicher Verwaltung und Politik benötigt.

5.2.7. Präventionsprojekt "Essstörungen" an der Selma Lagerlöf Gemeinschaftsschule

Die Verwaltung teilt mit, dass die Selma Lagerlöf Gemeinschaftsschule als Pilotschule in Schleswig-Holstein und in Kooperation mit der AOK mit dem gesamten 7. Jahrgang der Schule ein Theaterprojekt zum Thema „Essstörungen“ unter der Organisation und Federführung der Schulsozialarbeit durchgeführt hat.

Da das Projekt sehr gut ankam, sind Folgeprojekte mit der örtlichen Beratungsstelle geplant. Ebenso soll es Wiederholungsveranstaltungen an der Gemeinschaftsschule Am Heimgarten geben.

6. Tätigkeitsbericht des Netzwerks Migration und Integration

Zum vorliegenden Tätigkeitsbericht des Netzwerkes Migration und Integration ergänzt Frau Dorothea Schmidt als Sprecherin der Institution:

Das Netzwerk besteht nunmehr seit rd. 6 Jahren. Ziel ist die Förderung eines guten Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher Kultur und Herkunft. Zudem ist es Ziel, die Bedarfe der Menschen zu ermitteln, die hier Zuflucht suchen.

In jüngster Zeit habe dieses Ziel wieder an zunehmender Aktualität gewonnen. Das Netzwerk arbeitet eng mit allen Akteuren in Ahrensburg zusammen. Näheres geht aus dem anliegenden Flyer (**Anlage**) hervor.

Zurzeit gibt es in dieser Stadt ca. 60 Personen, die sich ehrenamtlich um die Flüchtlinge kümmern, sie zu Behördengängen begleiten, ehrenamtlichen Sprachunterricht erteilen, und sie in Belangen des täglichen Lebens unterstützen.

Ebenso kümmert sich das Netzwerk um die Verteilung von Sachspenden. Hierbei ist aktuell größtes Problem, dass dringend Räume benötigt werden, um eine Kleiderkammer und Lagerraum einrichten zu können.

Für 2015 möchte das Netzwerk ermitteln, welche Möglichkeiten der Sprachförderung es für die Flüchtlinge in Ahrensburg gibt. So reicht die ehrenamtliche Tätigkeit in diesem Bereich bei weitem nicht aus.

Die Sozialausschussmitglieder nehmen den Bericht dankbar zur Kenntnis. Zudem bedanken sich die Mitglieder bei den Menschen vom Netzwerk. Ohne das Netzwerk, wäre die Versorgung der Flüchtlinge und Asylbewerber in Ahrensburg viel problematischer. Auch Stadtverordneter Wilde dankt im Namen der Stadtverordnetenversammlung den Menschen, die im Netzwerk wirken.

7. **Neubau von 4 Wohnunterkünften für Asylbewerber/innen**

Ergänzend zur Vorlage schildert die Verwaltung zunächst Ausgangsposition und Prognose für 2015.

Ausgangssituation 2015

Bislang wurden 44 Personen; dies entspricht 7 Familien und 14 Einzelpersonen, die in 2015 zugewiesen und untergebracht.

Quote 04/2015:

Soll	147 Personen
Ist	128 Personen
./.	19 Personen

Ausblick 2015

Die Prognose vom 25.02.2015 sieht per 12/2015 318 Flüchtlinge vor. Das entspricht einer Zuweisung von weiteren 190 Personen.

Bisherige Planung:

Neubau von 4 Wohnunterkünften (24 Wohneinh.)
mögl. Unterbringung von **88 Pers.**

Aktuelle Kapazitäten in Unterkünften und angemietete Wohnungen
Mögliche Unterbringung von **42 Pers.**

Haushaltsmittel für Anmietung weiterer 8 Wohnungen vorhanden.
Mögliche Unterbringung von **40 Pers.**

Nach aktuellem Stand könnten so bis zu 170 Personen untergebracht werden; 20 Personen (durchschnittlich 4 Familien/Wohneinheiten) wären nicht versorgt.

Die Unterbringungssituation kann durch nicht planbare Variablen beeinflusst werden, z. B.

- **Abschiebung (spez. Kosovo/Albanien) würde bis zu 7 Wohneinheiten frei machen)**
- **Auszug von Familien mit Aufenthaltserlaubnis**
- **Räumungsklagen oder sonstige Unterbringungsfälle (die wiederum entgegen der Planung Unterkünfte blockieren würde)**

Nach Kenntnisnahme dieser Planzahlen führt der Fachbereichsleiter Herr Reich weiter aus, dass die Beschlussvorlage der Politik wie auch der Interessensgemeinschaft Ahrensburger Kamp e. . zeitgleich zugeht.

Wie aus der Vorlage hervorgeht, favorisiert die Stadt Ahrensburg auch weiterhin ein dezentrales Konzept. So sollen an keinem Standort mehr als 100 Personen untergebracht werden. Ghettobildung soll unbedingt vermieden werden. Zudem sieht die Planung die Schaffung von kleinen Wohneinheiten vor, da diese insbesondere für die Unterbringung von Familien geeignet sind. Anders als in anderen Gemeinden verfügt Ahrensburg nicht über Gemeinschaftsunterkünfte, die vornehmlich zur Unterbringung von Einzelpersonen geeignet wären.

Neben den bekannten Standorten Bornkampsweg, Wulfsdorfer Weg, Reeshoop, Lange Koppel, Weinberg und nun auch Ahrensburger Kamp wurden weitere Standorte gesucht und geprüft. So wird auch der Standort Helgolandring in Betracht gezogen. Im Notfall wird auch eine Gemeinschaftsunterkunft in einer städtischen Liegenschaft in Betracht gezogen.

Aufgrund der bisher guten Erfahrungen mit der dezentralen Unterbringung und der Bereitstellungen von Wohnungen für Familien möchte Ahrensburg an diesem Konzept festhalten.

Zum Standort Ahrensburger Kamp führt er aus, dass es sich hier um eine kleine Wohnanlage mit 6 Wohneinheiten für Familien handeln würde.

Im Hinblick auf die Zeitschiene erklärt die Verwaltung, dass eine Entscheidung hierüber auch noch im Mai fallen könnte, um das Gebäude bis September/Oktober bezugsfertig errichten zu können.

Im Hinblick auf die Kritik, die Verwaltung hätte Anwohner frühzeitiger in die Planungen einbinden sollen, erklärt der Bürgermeister erneut, dass genau dieses geschehen sei. Die Verwaltung habe gar keine andere Möglichkeit, als die Anwohner und die Politik durch eine Beschlussvorlage zeitgleich zu unterrichten. Dieses sei geschehen und damit der demokratische Prozess in Gang gesetzt.

Auf Wunsch der Ausschussvorsitzenden berichtet Herr Fricke vom Netzwerk über die bisherigen Erfahrungen. In der Vergangenheit konnten in Ahrensburg vornehmlich Familien untergebracht werden. An den Standorten entstanden bisher keine Probleme. Vielmehr haben sich benachbarte Anwohner an den jeweiligen Standorten engagiert. Herr Fricke stellt sich deshalb gern als Bindeglied Gesprächspartner zur Verfügung.

Am Ende der Diskussion wird folgender Änderungsantrag formuliert:

1. Die am 22.09.2014 beschlossene Erweiterung der Standorte für Notunterkünfte in der Straße Lange Koppel und im Reeshoop wird in Holzrahmenbauweise ausgeführt. Jede Wohnunterkunft verfügt über 6 Wohneinheiten. Mittel in Höhe von 1.500.000 € sind im Haushalt 2015 eingeplant.

2. Für den Standort Ahrensburger Kamp soll rechtzeitig vor der Sozialausschusssitzung im Mai ein Vororttermin stattfinden. Hier sollen Anwohner, Politik und Verwaltung die Möglichkeit haben, über den Standort, die Bauweise, Bedenken und Auswirkungen zu sprechen.

Der Beschluss über den Standort Ahrensburger Kamp wird auf die Sitzung im Mai vertagt.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

8. **Betreuung für die Schülerinnen und Schüler der Grundschule Am Schloß**

Die Verwaltung stellt zu Beginn die Wartelistensituation der Hortstandorte zum Sommer 2015 vor.

Hort Am Hagen:	alle versorgt
Hort Am Aalfang:	alle versorgt
Hort Am Reesenbüttel:	8 bis 10 Kinder nicht versorgt
Hort Am Schloß:	alle versorgt

Frau Reichle vom Hort Am Schloß beschreibt die Phase des Umbaus und berichtet über die Anstrengungen, die diese Phase für Schule, Erzieher und Kinder mit sich brachte. Inzwischen stehen alle Räume zur Verfügung, werden aber noch nicht komplett genutzt. Während der Umbauphase fehlte es allen Beteiligten an Zeit, sich intensiv um ein neues Konzept zu kümmern, sodass dieses erst nach dem Sommer zum neuen Schuljahr vorgelegt werden kann. Vorab teilt sie jedoch mit, dass der Hort dann mit offenem Konzept und Funktionsräumen arbeiten wird.

Auf Nachfrage erklärt die Verwaltung, dass mit Kündigung der Hortgruppe in der Kita Schulstraße alle Kinder den neuen Hort Am Schloß nutzen werden. Als Ersatz für die Nachmittagskapazitäten in der Kita Schulstraße wird zurzeit geprüft, ob Nachfrage für ein Betreuungsangebot von Asylbewerberkindern besteht. Ein Konzept soll der Träger hierzu erstellen.

Zudem erklärt die Verwaltung ihre Überlegung, neben dem Hortangebot eine weitere Form der verlässlichen Betreuung für Schulkinder anzubieten. Hier werden zurzeit mit dem Träger noch Ideen entwickelt. Anzumerken ist, dass für dieses Angebot derzeit die Sozialstaffel des Kreises nicht greifen würde. Ein entsprechendes Konzept wird in den kommenden Monaten vorgestellt.

Auf Wunsch der Ausschussvorsitzenden wird die Verwaltung gebeten, nach einem Jahr die Mietpauschale von 8.000 € zu prüfen.

Über die Beschlussvorschläge wird ohne weitere Aussprache abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: **Alle dafür**

9. Errichtung eines Familienzentrums im Stadtteil Ahrensburg Nord

Die Verwaltung stellt die Beschlussvorlage vor.

Ergänzend führt Herr Restin vom Jugendamt des Kreises aus, dass das Land Schleswig-Holstein die Errichtung von zunächst 100 Familienzentren im Land fördern möchte. Die Förderung wurde von der aktuellen Landesregierung als fortlaufend verbindlich zugesagt. Da die Fördermittel begrenzt sind, wurden vom Kreis Stormarn möglichst große Sozialräume angelegt. Ahrensburg bildet mit Großhansdorf einen Sozialraum.

Langfristig werden sich alle Kitas in Richtung Familienzentrum bewegen müssen, dieses ergibt sich aus den veränderten Bedarfen der Familien und Kinder.

Auch Frau Dechau von der AWO und Frau Schmidt vom Deutschen Roten Kreuz machen den Bedarf zur Weiterentwicklung der Arbeit in den Kitas deutlich und berichten über die Idee des gemeinsamen Familienzentrums im Stadtteil Nord. Dabei verdeutlichen sie, dass es sich nicht um eine bestimmte oder zusätzliche Einrichtung handelt, sondern dass die Angebote in den schon bestehenden Einrichtungen entstehen sollen.

Die Ausschussvorsitzende bittet die Träger, nach einem Jahr einen Erfahrungsbericht zu diesem Thema mit den Inhalten Bedarfe, Angebote, Finanzierung etc. vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

10. Verschiedenes

10.1. Vollversammlung des Stadtjugendrings

Herr Klix informiert über die Vollversammlung des Stadtjugendrings am 07.05.2015 ab 19:00 Uhr im Marstall. Interessierte sind herzlich eingeladen.

10.2. Aktionstag "Wir sind Bürger"

Herr Daehnhardt informiert über den Aktionstag, der am 06.05.2015 ab 10:00 Uhr im Rathausfoyer beginnt.

10.3. Personalausfall im Elementarbereich

Auf Nachfrage von Frau Löwer erklärt die Verwaltung, dass der Personalschlüssel im Krippenbereich immer 2,0 beträgt. Im Falle eines Ausfalls muss also ein Pädagoge aus dem Elementarbereich in die Krippe wechseln.

10.4. Tarifsteigerung pädagogisches Personal 2016

Herr Stukenberg bittet, im Hinblick auf die Kostensteigerung die Tarifierhöhung für pädagogisches Personal ab 2016 im Hinterkopf zu behalten.

10.5. Gemeindehaus St. Johannis

Auf Nachfrage von Herrn Gaumann erklärt die Verwaltung, dass das Gemeindehaus St. Johannis als Flüchtlingsunterkunft nicht geeignet ist.

Anmerkung der Verwaltung zu Top 10.5 „Gemeindehaus St. Johannes“:

Im Rahmen der Standortsuche für Flüchtlingsunterkünfte wurde das Gemeindezentrum St. Johannes betrachtet und begangen. Aufgrund der räumlichen Gegebenheiten wäre dieses nur als Gemeinschaftsunterkunft geeignet. Zusätzlich besteht ein hoher Investitionsbedarf, da Sanitäreinrichtungen (Duschen) fehlen und Toilettenanlagen, Rohrleitungen und Elektrik erneuert werden müssen. Aufgrund des immensen Investitionsbedarfs zur Herrichtung menschenwürdiger Unterkünfte, wie auch dem Wunsch der Stadt Ahrensburg, Flüchtlingsfamilien in dezentralen Einzelunterkünften unterzubringen, wurde von dem Standort Gemeindezentrum St. Johannes Abstand genommen.

10.6. Kreisjugendring

...blabla bla im Vorsitz bestätigt.

gez. Doris Brandt
Vorsitzende

gez. Anja Gust
Protokollführerin